

# Zahlen US-Bauern die Zeche für die Zollpolitik?

Exportorientierte Landwirtschaft strauchelt und die Angst vor neuer Farmkrise in den USA wächst

In den USA werden auf über 72 Millionen Hektar Land, knapp der Hälfte der gesamten ackerbaulich nutzbaren Fläche, Soja und Mais angebaut. Etwa die Hälfte aller US-Sojabohnen gehen in den Export. Mit einem Anteil von 60 Prozent war China jahrelang der größte Abnehmer. Das änderte sich 2018, als Trump China zum ersten Mal mit Zöllen belegte. China steigerte daraufhin die Importe aus Brasilien, das inzwischen bei Sojabohnen einen Weltmarktanteil von 40 Prozent hat, die USA liegen nur noch bei 28 Prozent. Für US-Bauern ist der chinesische Markt durch nichts zu ersetzen, ist die einhellige Meinung von Landwirten, Bauernverbänden und Agrarökonomern.

US-Landwirte reagierten deshalb mit verhaltenem Enthusiasmus, als Präsident Trump in diesem Jahr den 2. April zum „Liberation Day“, dem „Tag der Befreiung“, erklärte und Zölle auf Länder rund um den Globus ankündigte. Bereits während Trumps erster Amtszeit hatten die Landwirte erlebt, wie Sojabohnen für China zur Waffe der Wahl im Handelskrieg mit den USA wurden. Aber bis zum Herbst würde es eine Einigung geben, hofften die Bauern und säten trotzdem vorsichtshalber deutlich weniger Sojabohnen.

Während China im Herbst 2024 reichlich Aufträge für US-Sojabohnen platziert hatte, liegt in diesem Jahr noch keine einzige Order vor. Präsident Xi sei entschlossen, die Abhängigkeit von den USA zu beenden, schreibt das Wirtschaftsmagazin „The Economist“, chinesische Käufer hätten deshalb große Mengen brasilianischer Sojabohnen auf Vorrat gekauft. China baue außerdem zunehmend mehr Soja im eigenen Land an, in Zukunft seien US-Sojabohnen allenfalls eine Art Rückversicherung für den Fall, dass es zu Ernteausfällen in China oder Brasilien komme.

## Panikstimmung

Nun können US-Bauern in diesem Herbst sowohl bei Mais als auch bei Sojabohnen mit guten bis sehr guten Erträgen rechnen. Die Preise für Sojabohnen liegen derzeit jedoch bereits mehrere Dollar unter den Produktionskosten, sagt der Verband der Soja-Anbauer, die American Soybean Association. Der „Economist“ geht von finanziellen Verlusten von 250 bis 370 US-Dollar pro Hektar aus. Die Kosten hingegen steigen, bei Dünger und Landmaschinen vor allem bedingt



Hauptstraße in einer Kleinstadt in Iowa – Versicherungen sind noch zu haben

Foto: M.Kunz

durch die von Trump verhängten Zölle. Agrarministerin Brooke Rollins räumte kürzlich ein, dass seit 2020 die Düngpreise um 37 Prozent gestiegen sind, die Dieselpreise um 32 Prozent, die Preise für Saatgut um 18 Prozent und Lohnkosten um 47 Prozent.

Die meisten Landwirte können zumindest einen Teil der Ernte in Silos auf der Farm einlagern, in der Hoffnung, sie zu einem späteren Zeitpunkt zu einem besseren Preis verkaufen zu können. Wenige Farmer haben jedoch genug Lagerkapazität für die gesamte Soja- und Maisernte, die Mehrzahl muss daher zumindest einen Teil jetzt mit Verlust verkaufen.

## Wie die Farmkrise der 1980er Jahre?

Vielen Landwirten fehlen deshalb die Mittel, um die nächste Aussaat vorzufinanzieren. Bei den Banken häufen sich die Kreditanträge; die Kreditbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe wurden bereits verschärft.

Chuck Grassley ist seit 1981 Senator für den Bundesstaat Iowa. „Die Landwirte können nicht mehr lange auf Hilfe von der Regierung warten“, sagte er Ende September in einem Interview mit der Online-Publikation Brownfield Ag News, man steuere auf eine Farmkrise wie in den 1980ern zu, bei der allein in Iowa 20.000 Landwirte ihre Höfe verloren hätten und es viele Selbstmorde gegeben habe. „Wir wollen nicht, dass das noch einmal passiert.“

Ähnlich wie heute kamen damals verschiedene Faktoren zusammen: In den

70er Jahren hatten viele Farmer angesichts hoher Weltmarktpreise, guter Exportchancen und billiger Kredite expandiert und sich dabei erheblich verschuldet. Der Boom hielt nicht lange an, 1978 sanken die Preise, während die Produktionskosten stiegen. Um Familienbetriebe zu unterstützen, legte die Regierung von Präsident Carter ein Finanzhilfeprogramm über vier Milliarden Dollar auf, das Landwirten über Kredite Umschuldung und Refinanzierung ermöglichen sollte. 1981 zog Ronald Reagan ins Weiße Haus ein, und zu den ersten Amtshandlungen der neuen Regierung zählte die Order, ausstehende landwirtschaftliche Kredite sofort einzutreiben. Betroffen waren schätzungsweise 300.000 Landwirte und ihre Familien, deren Höfe zwangsvollstreckt wurden und die auf der Suche nach Arbeit in Großstädte ziehen mussten. Viele ländliche Banken wurden in den Strudel von Konkursen mit hineingezogen und die Hauptstraßen einst wohlhabender ländlicher Gemeinden sind heute oft menschenleer, denn viele Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe mussten mangels zahlungsfähiger Kunden ebenfalls schließen.

## Wird Trump den Bauern helfen?

Ein Großteil der Landwirte gehört zu Trumps Stammwählern und während seiner ersten Amtszeit zahlte die US-Regierung rund 28 Milliarden Dollar als Ausgleich für die durch Zölle entstandenen Verluste. Agrarministerin Rollins erklärt seit Monaten, man arbeite

an einem Finanzpaket, die Rede ist von zehn bis 14 Milliarden Dollar, und Präsident Trump versprach Ende September: „Wir nehmen einen Teil des Geldes, das wir über die Zölle bekommen, und geben es unseren Landwirten.“ Über die Legalität der Zölle wird jedoch der Oberste Gerichtshof entscheiden müssen. Trump nutzte ein Notstandsgesetz, das dem Präsidenten weitreichende Befugnisse einräumt, eine akute Bedrohung der Nation abzuwenden. Er erklärte die Drogenkrise durch Fentanyl und das US-Handelsdefizit zu „nationalen Bedrohungen“, vor denen er die USA durch Zölle schützen müsse. Kritiker argumentieren, dass Trump seine Autorität damit weit überschritten habe, denn nur der Kongress könne über Zölle entscheiden. Am 5. November wird es eine mündliche Anhörung vor dem höchsten US-Gericht, dem Supreme Court, geben, da bislang mehrere Instanzen die Zölle für nicht rechtmäßig erklärt haben. Bis zur Entscheidung werden dann einige Monate vergehen. Sollte sich der Supreme Court der Auffassung der unteren Instanzen anschließen, müssten die bislang eingenommenen Zölle zurückerstattet werden und das Loch in den Staatsfinanzen würde nochmals tiefer. Für eine Entschädigung der Bauern wäre dann erst recht kein Geld mehr vorhanden.

Marianne Landzettel,  
freie Journalistin